



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

Entfelderstrasse 11, Postfach
CH-5001 Aarau

Medienmitteilung

Ort, Datum	Ansprechperson	Telefon direkt	E-Mail
Aarau, 22. Januar 2016	Daniel Knecht, AIHK-Präsident	056 460 99 00	daniel.knecht@kbh.ch

F:\23_MEDIENMITTEILUNGEN\2016\Taskforce_GE_22.01.2016.docx

Mitarbeit der AIHK in der Task-Force

Die bei Unternehmen von General Electric (GE) geplanten Abbaumassnahmen sind nicht nur für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hart, sie treffen auch viele Zulieferer und schaffen damit ein Problem für die Aargauer Wirtschaft. Die Ankündigung zeigt, dass der Erhalt des Industriestandorts Anstrengungen von verschiedenen Seiten braucht. Der Aargau ist ein Industriekanton und soll dies nach Überzeugung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) auch bleiben. Der überdurchschnittlich hohe Anteil von Arbeitsplätzen im 2. Sektor, die von Unternehmen unterschiedlicher Grösse in verschiedenen Branchen angeboten werden, macht eine der Stärken unseres Standorts aus. Die vielen Familien-KMU geben unserem Arbeitsmarkt Stabilität.

Die AIHK hat die Abbaupläne von GE mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Das Kernproblem von GE darf aber nicht aus den Augen verloren werden: Die Nachfrage nach Gasturbinen ist stark eingebrochen. Auch die schweizerische Politik hat sich bekanntlich wegen der CO₂-Problematik gegen die Stromerzeugung mit Gasturbinenkraftwerken ausgesprochen. Die AIHK erachtet das Engagement der Task-Force zur Abfederung der Abbaumassnahmen und zur Unterstützung Betroffener als sinnvoll und ist deshalb bereit, mitzuarbeiten. Gerade in dieser schwierigen Situation ist aber in erster Linie auf die bewährten innerbetrieblichen Arbeitnehmervertretungen abzustellen, welche die besondere Lage am besten beurteilen können. Das ist im Gesamtarbeitsvertrag für die MEM-Industrie so vorgesehen. Die Task-Force darf keinesfalls zu Doppelspurigkeiten mit dem gesamtarbeitsvertraglichen Konsultationsverfahren führen.

Interventionismus hilft in dieser Situation nicht oder zumindest nicht nachhaltig, wie das die über Jahre verfolgte französische Industriepolitik eindrücklich belegt. Trotz hoher Kosten hat sie bloss zu einem starken Schrumpfen des Wertschöpfungsanteils der Industrie und zu hoher Arbeitslosigkeit geführt. Die gleichen Fehler wie unser westlicher Nachbar zu machen, kann nicht in unserem Interesse liegen. Die AIHK lehnt deshalb Industriepolitik ab. Der Druck auf den Industriestandort Schweiz ist nicht allein durch den starken Franken verursacht. Besonders standortschädigend ist die Fülle an neuen Regulierungen und Vorschriften. Sie bremst den unternehmerischen Elan und behindert den unumgänglichen permanenten Entwicklungs- und Anpassungsprozess in der Wirtschaft. Der Staat soll sich darauf beschränken, einen guten Rahmen für erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit zu setzen. Dazu gehört neben den bekannten Faktoren wie beispielsweise Infrastruktur, Bildung und Steuern insbesondere auch der Verzicht auf unnötige Vorschriften. Die Unternehmen müssen Freiräume für ihre Tätigkeit behalten können und nicht mit administrativen Aufwendungen eingedeckt werden.

Weitere Auskünfte: Daniel Knecht, AIHK-Präsident, ist am Freitag, 22. Januar 2016, von 11.00 Uhr bis 12.00 Uhr, unter der Telefonnummer 056 460 99 00 erreichbar.

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) zählt mehr als 1'600 Mitgliedunternehmen. In diesen Unternehmen – grossmehrheitlich KMU – arbeiten rund 40 Prozent der in unserem Kanton Erwerbstätigen. Die AIHK vertritt damit die Interessen eines wesentlichen Teils unserer Wirtschaft. Wir setzen uns für optimale Rahmenbedingungen ein, die ein erfolgreiches Wirtschaften im Kanton Aargau ermöglichen. Davon können letztlich alle Einwohnerinnen und Einwohner profitieren. Daneben bieten wir unseren Mitgliedunternehmen ein gut ausgebautes Angebot von Dienstleistungen, seien das Rechtsberatung, kostengünstiger Vollzug von Sozialversicherungen oder Exportdienstleistungen.